

# Schönburger Tageblatt

## Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, kaiserliche u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (S. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Wolkensburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Herrn Eduard Kirken.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Natur hat der Besteller keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint wochentl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-M. freibl., auschl. Trägert. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-M. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-M., außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3 gesp. Kleinzeile 0,45 R.-M., Hinweife auf Anzeigen und Eingänge 0,10 R.-M., Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Zuschlag.

Verlegt 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postamt Waldenburg. Druckerei Waldenburg 16. Abgabe gegen nur bei pünktlicher Zahlung, bei verspäteter Zahlung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Gleich weit verbreitet in den Ortschaften der Landesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Siegelheim.

Nr. 136

Dienstag, den 15. Juni 1926

48. Jahrgang.

## Schwere Unwetter in Mittelddeutschland.

### Amthlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikanten **Karl Otto Robert Wilded** in Waldenburg, alleinigen Inhabers der eingetragenen Firma Louis Wilded, Holzwarenfabrik in Waldenburg Sa., ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den

9. Juli 1926, nachm. 2 Uhr

vor dem hiesigen Amtsgericht bestimmt.

Amtsgericht Waldenburg, den 12. Juni 1926.

### Bekanntmachung.

#### Heimbürgin betr.

Da die jetzige Heimbürgin des hiesigen Ortes ihr Amt infolge Krankheit niederlegen beabsichtigt, macht sich eine Neubewegung erforderlich. Personen, welche hierfür Interesse haben, werden gebeten, sich umgehend, spätestens bis 25. Juni ds. Js. beim Unterzeichneten zu melden.

Altstadt Waldenburg, am 11. Juni 1926.

Der Gemeinderat.

Reißler, Bürgermeister.

Der Reichspräsident hat der Landesregierung von Mecklenburg-Strelitz einen Besuch abgestattet.

Reichshauptpräsident Dr. Schacht ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten.

Der Leiter der deutschen Handelsdelegation Ministerialdirektor Hoffe berichtete in der letzten Kabinettsitzung über den von französischer Seite gemachten Vorschlag, vorläufig ein Handelsprovisorium auf 6 Monate abzuschließen.

Im mecklenburgischen Landtag entfallen von den 50 Mandaten 27 auf die bürgerlichen und 23 auf die sozialistisch-kommunistischen Parteien.

Im Prager Abgeordnetenhaus zertrümmerten die Kommunisten alle Einrichtungsgegenstände und begannen eine allgemeine Keilerei.

Die Engländer denken nicht an eine Rückgabe deutsch-französischer Kolonien.

In Marokko wird weiter gekämpft.

Senator Borah in Amerika wird als Präsidentschaftskandidat in Vorschlag gebracht.

Waldenburg, 14. Juni 1926.

Eine knappe Woche nur trennt uns noch von dem 20. Juni, an dem der erste deutsche Volksentscheid zur Durchführung kommen soll. An diesem Tage wird es sich entscheiden, ob die entschädigungslose Enteignung der Fürsten, wie sie der zum Volksentscheid gestellte sozialdemokratisch-kommunistische Gesetzentwurf fordert, dem Willen des Volkes entspricht und zum Gesetz erhoben werden soll. Beide Seiten, sowohl die Gegner, als auch die Befürworter der Enteignung, werden in diesen Tagen das Höchstmögliche von Propaganda ausbieten, um den von ihnen vertretenen Standpunkt zum Siege zu verhelfen. Auch die Reichstagsabgeordneten werden sich in den Dienst der Parteipropaganda stellen und haben zu diesem Zwecke in den parlamentarischen Verhandlungen eine einwöchige Pause eintreten lassen. Bei seinem Wiederauftreten am 21. Juni dürfte der Reichstag bereits das vorläufige Ergebnis des Volksentscheids vorfinden.

Für den Reichstag wird der erste Volksentscheid von größter Bedeutung sein, ganz gleichviel, ob er für oder gegen die Fürstenenteignung ausfällt. Sollte er, was nach der ablehnenden Haltung nahezu sämtlicher bürgerlichen Parteien wenig wahrscheinlich ist, ein bejahendes Ergebnis zeitigen, dann ist auch das Schicksal des Reichstags entschieden. Der Reichstag hat sich bekanntlich, nachdem ihm auf Grund des Volksbegehrens die Enteignungsvorlage von der Regierung zur Stellungnahme überwiesen worden war, mit großer Mehrheit gegen diesen Entwurf ausgesprochen. Wenn nun das Volk als letzte verfassungsmäßige Instanz sich zu dem gegenteiligen Ansicht bekennen sollte, dann wäre eine Auflösung des Reichstags, der in seiner Zusammenfassung nicht mehr dem Willen des Volkes entspricht, kaum noch zu umgehen.

Über auch bei einem negativen Ergebnis des

Volksentscheides besteht die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung. Der Reichskanzler Marx hat, wie erinnerlich, bei der letzten großen Fürstendebatte im Reichstag namens der Reichsregierung mit Nachdruck betont, daß sie es für ein innerpolitisches Gebot hält, das Fürstenabfindungskompromiß, das in monatelangen Verhandlungen von den Regierungsparteien unter Mitwirkung des Reichskabinetts ausgearbeitet worden ist und jetzt als Regierungsvorlage dem Rechtsausschuß des Reichstags vorliegt, nunmehr mit aller nur möglichen Beschleunigung zu verabschieden. Die Reichsregierung werde auch bei einem verneinenden Ergebnis des Volksentscheids mit aller Entschiedenheit auf eine gesetzgeberische Regelung der Fürstenabfindung im Geiste der Vorlage dringen und würde, wie der Reichskanzler ausdrücklich bemerkte, die ihr geboten erscheinenden Konsequenzen nicht scheuen, falls sich im Reichstag endgültig die Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Abfindungsgesetzes ergeben sollte. Gleichzeitig beharrt die Regierung nach wie vor bei der Ansicht, daß der Kompromißentwurf ein verfassungsänderndes Gesetz darstellt und als solches zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erfordert. Wenn sich diese Mehrheit im Reichstag nicht findet, würde die Reichsregierung also — das muß man aus der Erklärung des Kanzlers schließen — vor einer Auflösung des Reichstags nicht zurückschrecken.

Im Interesse der Allgemeinheit kann man nur wünschen, daß dem deutschen Volke Neuwahlen mit all ihren aufregenden Begleiterscheinungen erspart bleiben. Im übrigen harren zur Zeit zahlreiche wichtige außen-, innen- und wirtschaftspolitische Aufgaben dringend der Lösung, die keine weitere Verzögerung verlangen.

### Hindenburg in Neustrelitz.

#### Begeisterte Begrüßung durch die Bevölkerung.

Reichspräsident von Hindenburg hat am letzten Sonnabend der Regierung von Mecklenburg-Strelitz den angekündigten Besuch abgestattet. Gegen 10 Uhr vormittags traf der Reichspräsident mit dem fahrplanmäßigen D-Zug von Berlin in Neustrelitz ein und wurde auf dem Bahnsteig von Staatsminister Dr. Hustaedt in Gegenwart der Vertreter der Reichs- und Landesbehörden herzlich begrüßt. In mehreren Autos begab sich dann der Reichspräsident und seine Begleitung, Ministerialrat Dr. Doehle, Staatsminister a. D. Boden, Major von Hindenburg und Staatsminister Dr. Hustaedt durch die Straßen der Stadt zunächst zum Rathaus, wo Bürgermeister Dr. Heipez den Reichspräsidenten namens der Landeshauptstadt willkommen hieß. Die Fahrt ging dann zum Schloß. Ueberall war der Reichspräsident Gegenstand begeisterter Ovationen. Auf dem Schloßhof hatten 135 Veteranen von 1866 und 1870-71 Aufstellung genommen. Der Reichspräsident begrüßte jeden der alten Kriegsteilnehmer persönlich durch Handschlag und richtete kurze Fragen an jeden. Im Anschluß daran nahm er die Meldung der in Mecklenburg-Strelitz ansässigen Generale der alten Armee entgegen. Im Gartenzimmer des Schlosses begrüßte dann Staatsminister Schwabe den Reichspräsidenten und stellte ihm die Spitzen der Behörden vor. Im Grünen Saal des Schlosses erfolgte dann weiter die Vorstellung der führenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens.

#### Das Staatsfrühstück im Schloß.

Im Anschluß daran gab die Landesregierung zu Ehren Hindenburgs im Schloß ein Frühstück, bei dem Staatsminister Dr. Hustaedt eine längere Begrüßungsansprache an den Reichspräsidenten hielt. Der Minister kam dabei auch auf die besonderen Nöte des Landes zu sprechen und erinnerte daran, daß die Schwierigkeiten der Wirtschaft augenblicklich in dem reinen Agrarstaate besonders stark hervortreten. Dr. Hustaedt schloß mit einem Freueßbenedict für den Reichspräsidenten und das Vaterland und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf Hindenburg aus.

#### Der Reichspräsident über die Not der Landwirtschaft.

Der Reichspräsident sprach der Regierung und der Bevölkerung seinen Dank aus für die herzliche Begrüßung, die ihm in Neustrelitz zuteil geworden sei, und gab zu, daß besonders die Landwirtschaft von

Mecklenburg-Strelitz mit ersten Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

„Sie dürfen versichert sein,“ erklärte der Reichspräsident, „daß die Reichsregierung — wie bisher — auch weiter das in ihren Kräften Stehende tun wird, um helfend einzugreifen und eine Erleichterung der Verhältnisse für die Landwirtschaft herbeizuführen. Was ich selbst dazu beitragen kann, geschieht. Wir wollen im übrigen hoffen, daß die allgemeine Erholung der deutschen Wirtschaft auch den Landwirten bessere Zeiten bringt. Dazu gehört aber, daß wir, ein jeder an seinem Platze und in seinem Berufe, einträchtig zusammenarbeiten für das Wohl und die bessere Zukunft unseres Vaterlandes.“

Die Anwesenden stimmten nach der Rede des Reichspräsidenten, die mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde, das Deutschlandlied an. Am Nachmittag unternahm der Reichspräsident eine Autofahrt nach Schloß Hohen-Bieritz, wo er das Sterbezimmer der Königin Luise besichtigte. Am Abend veranstalteten die Innungen, Vereine und sonstigen Verbände von Neustrelitz einen großen Festzug, für den der Reichspräsident vom Balkon des Schlosses aus seinen Dank aussprach. Abends erfolgte die Rückfahrt nach Berlin.

### Dr. Beder über Hannover.

#### Leßing beim Kultusminister.

Nachdem Freitag der Rektor und die Professoren der Technischen Hochschule Hannover im Kultusministerium empfangen worden sind, hat am Sonnabend Professor Dr. Leßing im Ministerium vor dem zuständigen Referenten seinen Standpunkt dargelegt. Das Ergebnis dieser Besprechungen steht noch nicht fest, doch ist kaum zu erwarten, daß der Minister der Anforderung der Professoren und Studenten, den Professor Leßing zur Aufgabe seiner Lehrtätigkeit zu veranlassen, entsprechen wird. Im Gegenteil hat Minister Beder in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des Wolffschen Telegraphenbureaus es als im hohen Grade befremdlich bezeichnet, wie aus Kreisen heraus, die mit Worten für Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität, für Ordnung und Disziplin eintreten, das Vorgehen der Studentenschaft eine mehr oder weniger versteckte moralische Unterstützung erfährt. Ueber das Verhalten der Studenten erklärte der Minister:

„Die Studenten treiben in der Angelegenheit Leßings nichts anderes, als daß sie an Stelle von Recht und Gerechtigkeit das Recht der Straße aufzwingen wollen. Das ist nach der Forderung — der nicht weniger Forderung wird dadurch, daß er ein akademischer ist. — Das kann in einem Rechtsstaat nicht geduldet werden und wird von der preussischen Regierung auch nicht geduldet werden.“

Auf die Frage, ob es richtig sei, daß das Ministerium in die Disziplinarverhandlungen eingegriffen habe und ob Studenten wahllos relegiert worden seien, gab der Minister zur Antwort, es sei kein einziger Student wahllos relegiert worden, sondern Untersuchung und Urteil seien in den gesetzlich vorgeschriebenen Formen erfolgt und würden in gleicher Weise ihren Fortgang nehmen.

Diese Erklärung steht in offenbarem Widerspruch zu den bisher bekannt gewordenen Tatsachen, wonach die Relegierten wahllos aus den Studenten herausgegriffen worden sind, die an den Kundgebungen gegen Professor Leßing teilgenommen haben.

#### Gegenkundgebung der hannoverschen Akademiker.

Der Bund Alter Akademiker von Hannover veranstaltete in der Stadthalle eine große öffentliche Kundgebung gegen Professor Leßing. Die von etwa 4500 Bürgern und jungen und alten Akademikern besuchte Versammlung sprach der hannoverschen Studentenschaft aufrichtigen Dank und Anerkennung aus für ihr mannhaftes Verhalten, und forderte die sofortige Entfremdung des Professor Leßing aus seinem Amte. Dem Minister Dr. Beder wurde wegen der Maßregelung der Studenten das Mißtrauen der jungen und alten Akademiker und der Bürgerschaft ausgesprochen.

#### Proteststreik der deutschen Studentenschaft.

Die Studentenschaft der Technischen Hochschule in Hannover wird auch am Montag geschlossen dem Hochschulbetrieb fernbleiben, weil sie nicht gewillt ist, fernhin zugleich mit Herrn Professor Leßing in den Ad-